

Schockenhoff und Jung: Wer vorsorgt soll steuerlich begünstigt werden – 04.06.2009

Wenn Landwirte in besseren Jahren Geld zurücklegen, um Einkommensausfälle durch höhere Gewalt wie Hagelschlag ausgleichen zu können, sollen diese Rücklagen steuerfrei sein. Dies fordern die CDU-Bundestagsabgeordneten Andreas Schockenhoff und Andreas Jung in einem Schreiben an Finanzminister Steinbrück. Damit greifen sie eine Forderung der Landwirte am Bodensee auf, deren Ernte durch den Hagelsturm in der letzten Woche zerstört wurde. „Solch ein Instrument ist ein Anreiz zur Eigenvorsorge“, so die beiden Abgeordneten.

In der Forstwirtschaft existiert mit der sogenannten Ausgleichsfondsrücklage schon heute eine entsprechende Regelung. Doch auch Landwirte sind in erheblichem Umfang höherer Gewalt ausgesetzt: „Ob Naturkatastrophen, Tierseuchen oder Schädlingsbefall – Landwirte können völlig unverschuldet in Notsituationen geraten. Wer für derartige Situationen vorsorgt, der soll steuerlich begünstigt werden. Wenn denen geholfen wird, die wegen Missmanagement in der Krise sind, müssen wir erst recht die unterstützen, die völlig unverschuldet in Not geraten sind.“ so Schockenhoff und Jung.

Es geht den Abgeordneten nicht um Staatsbeteiligung, sondern um Hilfe zur Selbsthilfe. Es stehen schließlich Existenzen und Arbeitsplätze auf dem Spiel. Ausdrücklich begrüßen die beiden zudem die, vom Land Baden-Württemberg auf den Weg gebrachten, Maßnahmen für kurzfristige Unterstützung der betroffenen Landwirte.